

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 4

Artikel: 20 Jahre Zauberformel sind genug
Autor: Tobler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

20 Jahre Zauberformel sind genug

Seit dem 17. Dezember 1959, als die beiden Sozialdemokraten Spühler und Tschudi in den Bundesrat gewählt wurden, setzt sich dieser aus je zwei Vertretern des Freisinns, der Konservativen (heute CVP), der SP und einem der BGB (heute SVP) zusammen. Diese Zusammensetzung ist inzwischen zu einem unantastbaren Dogma der schweizerischen Politik erstarrt, unter dem verklärenden Begriff «Zauberformel». In den Sektionen Winterthur-Töss und Opfikon-Glattbrugg sind wir der Meinung, die Zauberformel habe viel von ihrem Zauber verloren und müsse dringend überprüft und diskutiert werden. Wir haben deshalb für den Parteitag in Montreux entsprechende Anträge eingereicht, die aus Zeitgründen nicht mehr zur Sprache kamen. Ihre Behandlung ist auf den ausserordentlichen Parteitag 1977 verschoben worden. Wir erachten es als sinnvoll, die Diskussion darüber jetzt schon zu eröffnen.

Der Einbezug der Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung 1959 hatte eine Beruhigung des politischen Lebens in dem Sinne zur Folge, dass die Anzahl der Referenden und vor allem jene der Volksinitiativen zurückging. Die politischen Auseinandersetzungen wurden immer stärker hinter die Kulissen verlagert. Die ständig wachsende Bedeutung des Vernehmlassungsverfahrens ist typisch dafür; bevor eine Vorlage überhaupt dem Parlament unterbreitet wird, wird schon versucht, möglichst jeden Konfliktstoff zu beseitigen und einen allseits annehmbaren Kompromiss auszuhandeln.

AHV als positives Beispiel...

Es ist durchaus möglich, dass ein solches Verfahren insofern rationeller ist, als lange Parlamentsdebatten und teilweise auch Abstimmungskämpfe umgangen werden können. Die AHV, unter Bundesrat Tschudi, ist das bekannteste Beispiel für den Erfolg dieser Politik. Es gibt allerdings bis heute keine Untersuchung, die nachgewiesen hätte, dass Reformen auf diese Weise ganz allgemein schneller und besser verwirklicht werden können.

... undurchsichtige Politik als Kehrseite

Die Kehrseite besteht darin, dass die Bundespolitik für den einfachen Bürger immer undurchsichtiger wird. Er sieht nur noch, wie die grossen Parteien in der Regel alle dem vorgelegten Kompromiss zustimmen. Es wird für ihn immer schwieriger, Unterschiede zwischen den Parteien festzustellen. Entsprechend nimmt das Interesse der Volksmassen an der schweizerischen Politik immer stärker ab.

Beängstigender Rückgang der Stimmabteiligung

Wir möchten dies anhand der Stimmabteiligung bei den Nationalratswahlen in der Nachkriegszeit aufzeigen (Tabelle 1). Sie lag 1947 noch bei

72,4 Prozent und nahm bei den fünf nächsten Wahlen durchschnittlich um rund 1,3 Prozent pro Wahl ab, auf 65,7 Prozent bei den Wahlen von 1967, insgesamt um 6,7 Prozent; in den beiden folgenden Wahlen sank die Stimmabstimmung pro Wahl durchschnittlich um fast 6,7 Prozent, so dass sich im letzten Herbst mit 52,4 Prozent gerade noch gut die Hälfte der Stimmberechtigten an den Wahlen beteiligte.

Es wäre sicher übertrieben, diese Entwicklung einzig und allein auf die Zauberformel und die damit verbundene Politik zurückzuführen. Es ist aber ganz sicher falsch, zu meinen, dass der Rückgang der Stimmabstimmung mit der Zauberformel nichts zu tun habe.

Sinkende Bedeutung der Fraktionen

Auch die Bedeutung der Fraktionen wird für den einfachen Bürger immer unklarer, treten sie doch kaum je als Einheit auf. Und selbst dort, wo sie ganz direkt eine Funktion auszuüben hätten, gelingt ihnen dies nicht immer. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Bundesratswahl vom 5. Dezember 1973. Keiner der drei von den Fraktionen der FDP, CVP und SP vorgeschlagenen Kandidaten wurde gewählt, obwohl diese drei Fraktionen die erdrückende Mehrheit der Vereinigten Bundesversammlung stellen. Das Rennen machten Kandidaten, die von anonymen Gruppen im Hintergrund, dem Wähler nicht bekannt und auch keine Rechenschaft schuldig, vorgeschlagen wurden. Ist es da verwunderlich, dass das Schlagwort: «Die da oben machen ja doch, was sie wollen», immer weiter herum zu hören ist?

Eidgenössische Wahlen ohne Einfluss?

Nach den eidgenössischen Wahlen freuen oder ärgern sich Parteienvertreter über Erfolg oder Misserfolg ihrer Partei. Aus der Sicht des einfachen Bürgers ändert sich jedoch nichts. Die Politik «in Bern oben» ist die gleiche, nach wie vor, und dank der Zauberformel bleibt auch die Zusammensetzung des Bundesrats stets die gleiche. Wozu soll da der einfache Bürger noch wählen gehen? Unterstützt er nicht damit, dass «die da oben doch nur machen, was sie wollen»?

Bilanz aus der Sicht der SP

Die Zauberformel wurde vor 17 Jahren geboren. Bei den nächsten eidgenössischen Wahlen wird sie zwanzig Jahre andauern. Da rechtfertigt es sich, eine kritische Bilanz aus der Sicht der SP zu ziehen. Hat uns die Regierungsbeteiligung einen Aufschwung als Partei gebracht? Sind Reformen leichter zu verwirklichen? Sind wir der Verwirklichung unserer Gesellschaftsvorstellungen einen Schritt näher gekommen?

Nur noch 13 Prozent SP-Wähler

Erfolg oder Misserfolg der Parteien bei den Wahlen wird in der Regel an den Mandatszahlen oder an den prozentualen Wähleranteilen gemessen.

sen. Diese Erfolgsrechnung ist jedoch trügerisch. Die Wähleranteile geben nur an, wie die Parteien im Vergleich zueinander abgeschnitten haben, und die Mandatszahlen, wie sich diese Anteile im Proporzsystem in Sitze umrechnen. Gewiss, für die Arbeit im Parlament zählen die Fraktionsstärken. Aber im Gegensatz zu den Freisinnigen, die sowieso nur die Interessen einer Minderheit vertreten, kann es uns Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein, wie stark unsere Vertretung im Volk verankert ist. Darüber gibt der prozentuale Anteil der SP-Stimmen an den Wahlberechtigten Auskunft. Diese Statistik sieht nicht gerade ermutigend aus (Tabelle 2).

Während die SP 1943, bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent, noch die Stimmen von 20 Prozent aller Stimmberechtigten erhielt und 1959 (16 Jahre später) immerhin noch 18 Prozent der Stimmberechtigten ihr die Stimme gaben (bei einer Wahlbeteiligung von 68,5 Prozent), sank 1975 (also wieder 16 Jahre später) die Wahlbeteiligung auf 52,4 Prozent und gleichzeitig der Anteil der SP-Stimmen an allen Stimmberechtigten auf 13 Prozent.

Der Erfolg bei den Wahlen 1975 wird so gesehen auch recht mager. Die SP vermochte zwar den Wähleranteil gegenüber 1971 um 2 Prozent zu steigern; nimmt man jedoch die Stimmberechtigten als Grundlage, blieb sie auf den 13 Prozent von 1971 stehen. Sie vermochte also nur gerade den Rückgang der Stimmbeteiligung aufzufangen, mehr nicht.

Randgruppen im Aufwind

Aber auch eine andere Entwicklung ist für die SP nicht gerade erfreulich. Infolge des von aussen gesehen immer stärkeren Zusammenrückens der grossen Parteien und des Aushandelns von Kompromissen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind seit Ende der sechziger Jahre immer mehr Volksinitiativen von kleineren politischen Gruppen oder eigens dazu gebildeten Komitees gestartet worden, was die SP schon mehrfach unter Zugzwang gestellt hat. Ein Beispiel dafür haben wir eben erst mit der POCH-Initiative für die 40-Stunden-Woche erlebt.

Etwas Ähnliches erleben wir bei den Nationalratswahlen in den grösseren Kantonen. Immer mehr Splittergruppen kandidieren mit eigenen Wahllisten, was zu Stimmenzersplitterung führt, Wähler verwirrt und sicher auch mithilft, dass die Wahlbeteiligung immer schlechter wird.

Sind Reformen noch möglich?

Als Beispiel für den möglichen Erfolg sozialdemokratischer Bundesratsbeteiligung haben wir vorhin die AHV unter Bundesrat Tschudi aufgeführt. In der Zwischenzeit hat sich aber das politische Klima grundlegend verändert. Die Verwirklichung der zweiten Säule der AHV ist ins Stocken geraten. Andere Reformen sind gescheitert: Konjunkturartikel, Krankenversicherung, Mitbestimmung, Raumplanungsgesetz, Recht auf

Wohnung, Waffenausfuhrverbot . . . Es fehlen auch die Finanzen für jegliche Reformen; selbst der Bestand der bisher erreichten sozialen Sicherheiten ist dadurch gefährdet.

In einem Kommentar zu den Abstimmungen vom 26. September 1976 (Radio- und Fernsehartyikel, VPOD-Initiative) hat Ruedi Jost in «Bau und Holz» treffend das Dilemma schweizerischer Politik charakterisiert:

«Gegen die Auswüchse der bürgerlichen Politik lassen sich hierzulande allenfalls noch Mehrheiten mobilisieren; für eine konstruktive fortschrittliche Politik sind dagegen Mehrheiten nur ausnahmsweise zu finden. So sind die schweizerischen Stimmberchtigten mitten in einer Rezession noch bereit, eine obligatorische Arbeitslosenversicherung zu akzeptieren. Für eine vorausschauende Politik, für ein besseres politisches Fundament fehlt der schweizerischen Mehrheit sowohl Mut, Tatkraft wie Ausdauer. Man erinnere sich nur an das Debakel mit der Mitbestimmungsinitiative und bedingt an das Raumplanungsgesetz.»

Ernüchternde Bilanz

Die Bilanz von rund 17 Jahren Zauberformel ist für die SP, aber auch für die schweizerische Demokratie insgesamt, nicht gerade erfreulich. Die Stimm- und Wahlbeteiligung sinkt immer tiefer, eine Reform um die andere wird durch die ständig wachsende Nein-Welle begraben. Die SP vermag nur noch etwas über 10 Prozent der Stimmberchtigten zu mobilisieren; wenn die Entwicklung so weitergeht, bald nur noch eine einstellige Prozentzahl. Können wir uns dann noch zu Recht als Volkspartei ausgeben?

Jede Volksinitiative, die wir einreichen, wird vom Bundesrat abgelehnt; es ist sogar möglich, dass unsere Vertreter im Bundesrat die Ablehnung unserer Initiativen im Parlament vertreten müssen. Im besten Fall können wir auf einen Gegenvorschlag hoffen. Können wir das alles noch länger vor unseren Wählern und vor unseren Zielen verantworten?

Die Anträge von Winterthur-Töss und Opfikon-Glattbrugg

Es wäre unserer Ansicht nach zu einfach, uns nun still und leise aus dem Bundesrat zu verabschieden. Wir wollen errungene Positionen nicht einfach so aufgeben. Wir fänden es viel besser, den Freisinn, der bis 1891 alle Bundesräte stellte, endlich einmal in die Opposition zu schicken. Deshalb unser Vorschlag, ein verbindliches Programm auszuarbeiten, mit dem wir Partner für eine Koalitionsregierung suchen können. Auch wenn es uns möglicherweise nicht auf Anhieb gelingt, Partner für eine fortschrittliche Koalition zu finden, lohnt sich dieser Versuch. Jedenfalls wird so Bewegung ins festgefahrene Parteien- und Regierungsgefüge gebracht. Und wenn wir uns ernsthaft bemühen, sollte der Freisinn spätestens nach den Nationalratswahlen 1991 – 100 Jahre nach dem Abtreten des ersten Bundesratssitzes – auch den letzten verloren haben.